



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Martin Wagle, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Thomas Holz, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Peter Wachler, Josef Zellmeier CSU**

### **Sicherheitspolitische Lage in Europa – drei Jahre nach dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine – Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Resilienz**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt eine öffentliche Anhörung zum Thema „Sicherheitspolitische Lage in Europa – drei Jahre nach dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine – Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Resilienz“ durch.

Die Anhörung soll angesichts der verschärften sicherheitspolitischen Lage Auskunft darüber geben, welche Handlungserfordernisse insbesondere in Bayern zur Stärkung der Resilienz gesehen werden.

### **Begründung:**

Der Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt einen Epochenbruch für Europa dar. Die russische Aggression zielt auch auf die Zerstörung der Ukraine als unabhängigen und demokratischen Staat ab. Sie strebt als imperialistisches und revanchistisches Projekt im Ergebnis eine ganzheitliche Revision der europäischen Sicherheits- und Staatenordnung an. Die aktuelle geopolitische Lage auf unserem Kontinent birgt daher verschiedenste Herausforderungen im Bereich der Bündnis- und Landesverteidigung. Hierzu gehört neben dem militärischen auch der zivile Bereich und damit der Zivilschutz sowie die zivilen Unterstützungsleistungen.

Der Krieg in der Ukraine ist auch nach bald drei Jahren weiterhin allgegenwärtig und hat gezeigt, dass die geopolitischen Herausforderungen nicht an den EU-Außengrenzen Halt machen. In Litauen wird bereits eine Brigade der Bundeswehr bestehend aus 4 800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivilen Beschäftigten stationiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befinden sich bereits 800 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Litauen. Auch in die weiteren baltischen Staaten Estland und Lettland sowie nach Polen wurden NATO-Soldatinnen und Soldaten multinationaler Gefechtsverbände zur Abschreckung und Verteidigung stationiert. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik verzeichnet bereits jetzt verschiedenste Angriffe pro-russischer Aktivisten auf die IT-Sicherheit in Deutschland. Diese sollen Verunsicherung stiften und das Vertrauen in den Staat schmälern. Dies zeigt, dass Wehrhaftigkeit Bayerns bzw. Deutschlands ein drängendes Thema ist.

Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit kann der Schutz nach außen nur dann gewährleistet werden, wenn auch die Resilienz und Abwehrfähigkeit im Inneren funktioniert. Dadurch sind der Zivilschutz und die zivilen Unterstützungsleistungen wichtige Grundpfeiler für die Resilienz einer Region. Hier zeigen insbesondere die baltischen Staaten auf, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung, der Bevölkerungsschutz und die zivile Unterstützung der Streitkräfte ein Teil einer resilienten Gesellschaft in der derzeitigen geopolitischen Lage sein sollten.